

# „Die Sicherheitslage an der Grenze ist ernst“

Finnlands Außenministerin Elina Valtonen über die neue Situation in ihrem Land seit dem Nato-Beitritt

**Frau Valtonen, vor einem Monat hat der russische Präsident Putin Finnland mit „Problemen“ wegen des Nato-Beitritts gedroht. Haben Sie inzwischen Probleme?**

Tatsächlich haben wir seit einigen Wochen Probleme an unserer Ostgrenze, weil Russland gezielt Menschen aus Drittländern mobilisiert und nach Finnland und in die EU schickt. Wir mussten die gesamte Grenze zu Russland schließen. Das ist kein Zustand. Wir brauchen neue rechtliche Lösungen, vor allem auf europäischer Ebene. Wir sichern nicht nur die finnische Grenze, sondern auch die der EU und der Nato. Wenn ein Staat wie Russland Menschen instrumentalisiert, um einen hybriden Krieg zu führen, dann reichen unsere derzeitigen Gesetze nicht aus, um dem im Einklang mit der Menschenrechtskonvention entgegenzusetzen.



Wir müssen damit rechnen, dass Russland auch weiterhin versuchen wird, Finnland und Europa zu destabilisieren.

**Was brauchen Sie zum Schutz der EU- und Nato-Außengrenze?**

Wir haben zwar die europäische Grenzschutzagentur Frontex, aber sie hat kein Mandat, Migranten am Grenzübergang zu hindern. Frontex ist dafür da, alle Menschen reinzulassen, und ist uns damit bei der Abwehr von Russlands hybrider Kriegsführung keine echte Hilfe. Deshalb muss Frontex die Möglichkeit bekommen, Menschen an der illegalen Einreise zu hindern. Unser Nachbar Norwegen, nicht Mitglied der EU, aber sehr bekannt für die Einhaltung der Menschenrechte, kann illegale Einwanderer an der Grenze stoppen. Das wollen wir auch.

**Wie ernst ist derzeit die Sicherheitslage an der Grenze?**

Die Grenzübergänge zu Russland sind jetzt dicht, aber trotzdem ist die Sicherheitslage ernst. Erst letzte Woche sind 15 Migranten über die Landgrenze nach Finnland gekommen. Das ist nicht nur illegal, sondern bei -20 Grad und tiefem

FOTO: IMAGO/KYODO NEWS



Schnee auch sehr gefährlich. Wir müssen damit rechnen, dass Russland auch weiterhin versuchen wird, Finnland und Europa zu destabilisieren.

**160 Russen sind kürzlich nach dem Grenzübergang in Finnland verschwunden. Machen Sie sich keine Sorgen, dass diese Menschen kriminelle Aktivitäten planen könnten?**

Doch, das bereitet mir große Sorge. Es ist völlig inakzeptabel, dass ein Drittland entscheiden kann, welche Menschen nach Finnland und in die Europäische Union kommen – erst recht, wenn es noch einen illegalen Angriffskrieg führt. Aber genau das passiert momentan. Und wir haben in der Tat festgestellt, dass unter den Migranten aus Russland sehr viele Menschen mit krimineller Vergangenheit sind. Die Russen schicken uns sogar Leute, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Wir wissen nicht, welche Deals diese Leute mit den russischen Behörden gemacht haben. Aber einige haben den finnischen Flüchtlingsbehörden gesagt, dass Russland sie in den Krieg in der Ukraine geschickt hätte, wenn sie es nicht über die Grenze geschafft hätten. Wenn Russland diese Leute also in der Ukraine kämpfen lässt, dann können sie auch anderswo kämpfen.



Es ist ein ernstes Risiko, dass Moskau die untergetauchten Russen für Spionage oder Sabotage benutzt.

**Wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass die untergetauchten Russen Sabotage- oder Spionageakte begehen könnten?**

Es ist ein ernstes Risiko, dass Moskau die untergetauchten Russen für Spionage oder Sabotage benutzt. Aber in allen EU-Ländern können sich Migranten dem Asylverfahren entziehen, weil wir die Menschen nicht inhaftieren. Die Behörden kümmern sich um die Anträge und die Menschen bekommen alles, was der Sozialstaat zu bieten hat. Doch wir können nicht verhindern, dass die Menschen weiterreisen.

Interview: Sven Christian Schulz

## Neue Angriffe in Gaza

**Tel Aviv.** Bei den israelischen Angriffen im Gazastreifen sind nach Angaben der von der Hamas kontrollierten Gesundheitsbehörde binnen 24 Stunden mindestens 210 Palästinenser getötet worden. Mehr als 380 weitere wurden laut der Mitteilung vom Mittwoch verletzt. Damit sei die Zahl der seit Beginn des Krieges am 7. Oktober getöteten Menschen in dem Küstenstreifen auf mindestens 25700 gestiegen. Rund 63740 weitere seien verletzt worden. Die Zahlen ließen sich zunächst nicht unabhängig überprüfen.

In den vergangenen Tagen gab es besonders heftige Kämpfe im Bereich der Stadt Chan Junis. Israel vermutet dort die Führung der islamistischen Hamas im unterirdischen Tunnelnetzwerk. Es gilt auch als wahrscheinlich, dass dort Geiseln von der Hamas festgehalten werden.

Der Palästinensische Rote Halbmond berichtete am Mittwoch, drei Binnenflüchtlinge seien in der Nähe einer Klinik der Rettungsorganisation in Chan Junis bei israelischen Angriffen getötet worden. Zwei weitere hätten Verletzungen erlitten.

Auslöser des Kriegs war das schlimmste Massaker in der Geschichte Israels, das Terroristen der Hamas am 7. Oktober in Israel verübt haben. Seit Beginn der israelischen Bodenoffensive im Gazastreifen Ende Oktober sind nach Militärangaben 220 Soldaten und Soldatinnen getötet worden. Mehr als 1200 weitere wurden verletzt.

## Kampf gegen Handel mit Menschen

**Brüssel.** Die EU will im Kampf gegen den Menschenhandel effektiver und grenzübergreifender vorgehen. Vertreter der Mitgliedstaaten und des Europaparlaments verständigten sich am späten Dienstagabend darauf, eine bereits existierende Richtlinie zur Strafverfolgung umfassend zu ergänzen. Die geplanten Änderungen sehen nach Angaben der belgischen EU-Ratspräsidentin unter anderem vor, dass Menschen bestraft werden können, die bewusst Dienste von Menschenhandelförern in Anspruch nehmen. Das könnten zum Beispiel sexuelle Handlungen, aber auch klassische Arbeitsleistungen sein. Auch die Verbreitung von Bildern, Videos oder ähnlichem Material der jeweiligen Opfer mit sexuellem Inhalt durch Informations- und Kommunikationstechnologien wie Internet oder Mobilfunk sollen in der Gesetzgebung stärker berücksichtigt werden. Zudem ist vorgesehen, Zwangsheiraten, illegale Adaptionen und erzwungene Leihmutterchaften in die Liste der Formen der Ausbeutung im Sinne der Richtlinie aufzunehmen. Im EU-Parlament gab es am Mittwoch Freude über die Einigung.

## Mangel an Pflegekräften immer größer

Statistiker sehen zusätzlichen Bedarf von 690 000 Fachkräften bis zum Jahr 2049



Pflegekräfte werden händeringend gesucht. FOTO: TOM WELLER/DPA

**Wiesbaden.** Der Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften könnte nach neuen Berechnungen allein durch die zunehmende Alterung bis zum Jahr 2049 auf bis zu 690 000 steigen. Das wäre ein Plus von rund einem Drittel im Vergleich zum Jahr 2019, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) am Mittwoch in Wiesbaden mit. Zur Jahrhundertmitte würden dann rund 2,15 Millionen Menschen in der Pflege benötigt. Für das Vor-Corona-Jahr 2019 gab das Bundesamt einen Bedarf von 1,62 Millionen Pflegekräften an.

Vier Berufsgruppen sind den Statistikerinnen und Statistikern zufolge maßgeblich für die Pflegeaktivität: Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Krankenpflegehilfe, Altenpflege sowie Altenpflegehilfe. Die Vorausberechnung erfasste die Beschäftigten, die in diesen Berufen tätig sind.

Zur Entwicklung der Zahl an Pflegekräften wurden zwei Varianten mit unterschiedlichem Fokus auf demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen vorausberechnet: Bei der „Trend-Variante“ be-

rücksichtigte das Bundesamt neben der demografischen Entwicklung auch die positiven Trends am Pflegearbeitsmarkt aus den 2010er-Jahren. Danach steigt die Zahl der erwerbstätigen Pflegekräfte bis 2034 auf 1,74 Millionen und bis 2049 auf 1,87 Millionen an. Damit würden letztlich 280 000 Pflegekräfte fehlen. Die „Status-quo-Variante“ zeigt dagegen ausschließlich die Auswirkungen der demografischen Entwicklungen auf die künftige Zahl an Pflegekräften. Nach dieser Variante würde die Zahl der Pflege-

kräfte von 1,62 Millionen im Jahr 2019 zunächst bis 2034 auf 1,48 Millionen und bis 2049 auf 1,46 Millionen sinken. Hauptgrund für diese Entwicklung ist, dass große Teile der Babyboommengeneration bald das Renteneintrittsalter erreichen.

Der Präsident des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste, Bernd Meurer, kritisierte insbesondere die Bundespolitik und Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD): „Minister Lauterbach sieht tatenlos zu, wie sich die Situation immer weiter verschlimmert.“

## „Die AfD ist eine Nazi-Partei“

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst grenzt sich klar von den Rechtsextremen ab und fordert eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Programm

Von Christian Hoffmann und Oliver Auster

**Siegen.** Für Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) ist die AfD „keine normale Protestpartei, wo man jetzt mal seine Stimme abgibt, weil einem dieses oder jenes an der Berliner Ampelkoalition oder an wem auch immer zu Recht oder zu Unrecht nicht gefällt.“ Die AfD sei vielmehr „eine Nazi-Partei“, sagte Wüst der „Siegener Zeitung“, die Partner im Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) ist.

„Eine Partei, in der sich Personen heimlich treffen, um die Ausweisung von in Deutschland lebenden Menschen, auch Menschen mit deut-

schem Pass, zu planen – eine Partei, die für Nazi-Inhalte bei führenden Köpfen steht, die geprägt wird durch Menschen, die solche Inhalte propagieren: Wie soll man sie anders nennen? Es ist eine Nazi-Partei. Ich nenne sie Nazi-Partei“, so Wüst. „Die Auseinandersetzung mit der AfD ist ja inzwischen eine sehr breite gesellschaftliche Bewegung geworden, und das ist gut so.“

Wüst forderte, sich mit den Inhalten der AfD auseinanderzusetzen, um ihre wahren Motive zu enthüllen. Als Beispiel führte er an: „Seitens der AfD wurde versucht, den Frust der Landwirtschaft und die berechtigten Sorgen der Bauern zu instrumentalisieren. Schaut man aber in das Pro-



„Ich verstehe die Bauern“: Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. FOTO: ROLF VENNENBERND/DPA

gramm will keine Partei die Unterstützung für die Landwirtschaft so radikal abschaffen wie die AfD.“ Die Politik müsse gleichzeitig das Flüchtlingsproblem entschlossener angehen: „Man kann nicht leugnen, dass wir an vielen Stellen am Limit sind, auch was das Thema Migration angeht. Das hören wir von den Bürgermeistern ebenso wie Menschen aus der Flüchtlingshilfe. Sie wollen alle helfen, aber sie sind an ihren Grenzen.“

Zu den Bauernprotesten sagte Wüst: „Ich verstehe die Bauern. In den Sparpaketen der Ampel wurden sie schon vor den aktuellen Kürzungsplänen belastet. All das wurde von der Landwirtschaft mit fachli-

cher Kritik, aber noch ohne Protest aufgenommen. So sind unsere Bauern eben: bodenständige Mitglieder unserer Solidargemeinschaft. Alles andere kam ja dann noch oben drauf und wurde ihnen einfach vor den Latz geknallt. Diese überproportionale Zusatzbelastung wird nicht akzeptiert.“ Wüst selbst lebt im münsterländischen Rhede. Er brauche „keine zehn Minuten mit dem Fahrrad“ und sei „beim ersten Bauernhof“, so Wüst. Erforderte eine „Agrarallianz, die den Landwirten der nächsten Generation eine Perspektive eröffnet und endlich fest schreibt, was unsere Gesellschaft bereit ist für all das zu tun, was Landwirtschaft leistet.“